

EDITORIAL

Fußball-WM 2006: Wer gewinnt?

Die Sieger der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 (WM) stehen schon fest, bevor das Endspiel beginnt. Sportartikelhersteller, Konsumgüterindustrie, Reiseveranstalter und vor allem die FIFA gehören zu den größten Gewinnern der WM 2006.

Dies wirft viele Fragen auf: Wieso eigentlich verhindern Wettbewerbsbehörden den Monopolgewinn der FIFA nicht? Wieso überhaupt wird die WM 2006 durch die öffentliche Hand subventioniert, in dem auf Kosten des Steuerzahlers für mehrere Milliarden Euro Stadien oder Strassen um-, aus- oder neu gebaut werden? Wie kommt es, dass sich die gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Fernsehsender ARD und ZDF die Übertragungsrechte etwa 170 Millionen Euro kosten lassen? Diese Fragestellungen analysiert aus ökonomischer Perspektive eine neue HWWI-Studie mit dem Titel „Wirtschaftsfaktor Fußball“. Im Leitartikel dieser Ausgabe greift der Autor Henning Vöpel einen Aspekt der Untersuchung auf, indem er die sportliche Lage der Bundesliga im internationalen Vergleich näher betrachtet. TS

IN DIESER AUSGABE

Der deutsche Fußball –
zwischen wirtschaftlichem Erfolg
und sportlicher Krise Seite 1/2

Beschäftigung und Sozialstaat –
Die Finanzierungsgrundlage
erodiert Seite 3

Ergebnis der Steuerschätzung
vom Mai 2006 Seite 4

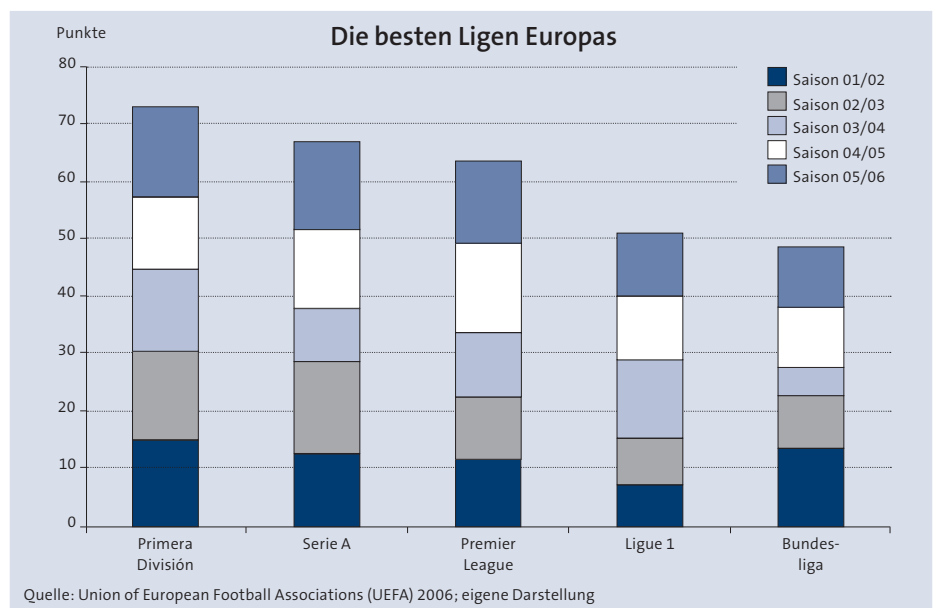
SPORTÖKONOMIE

Der deutsche Fußball – zwischen wirtschaftlichem Erfolg und sportlicher Krise

Der Fußball in Deutschland boomt. Dies zeigt nicht nur die FIFA WM 2006, sondern auch die Entwicklung der Fußball-Bundesliga: Mit über 1,5 Mrd. Euro Gesamtumsatz, 416 Millionen Euro Sponsoreinnahmen und 10,8 Millionen Zuschauern in den Stadien wurden in der Saison 2004/05 neue Rekordzahlen erreicht (DFL 2006). Erstmals nach der Saison 2001/02 konnte nach überstandener Kirch-Pleite wieder ein Gewinn (56,3 Millionen Euro) erwirtschaftet werden. Doch trotz aller wirtschaftlichen Erfolge befindet sich die Bundesliga im internationalen Vergleich offenkundig in einer sportlichen Krise. Von Henning Vöpel

So rutschte die Bundesliga unter den europäischen Top-Ligen in der UEFA-Fünfstufigen Reswertung hinter die englische Premier League, die italienische Serie A, die spanische Primera División und die französische Ligue 1 auf den fünften Platz ab (s. Grafik). Dessen ungeachtet rühmt sich die Deutsche Fußball-Liga (DFL), welche die (teilweise sehr heterogenen) Interessen der Vereine vertreten soll, im jüngst erschienenen „Bundesliga-Report 2006“ des wirtschaftlichen Erfolgs der Bundesliga. Insbesondere die im europäischen Vergleich

niedrige Quote der Spielergehälter an den Gesamtaufwendungen von 41% wird von Seiten der DFL positiv hervorgehoben. Eine solche Interpretation ist jedoch zumindest zweifelhaft, da eine niedrige Quote bedeutet, dass ein überwiegender Teil der Kosten nicht durch die Mannschaft selbst verursacht wird bzw. die Einnahmen zu einem überwiegenden Teil nicht in die Mannschaft reinvestiert werden, sondern in andere Bereiche fließen. Effiziente Vereinsstrukturen würden vielmehr eine hohe Quote implizieren. So wiesen dann auch



die im europäischen Vergleich erfolgreichsten Ligen Italien und Spanien in der Saison 2003/04 mit 73% bzw. 64% eine deutlich höhere Quote auf, wenngleich deren Finanzierung teilweise mit weitaus höheren Risiken behaftet ist.

„Leider können wir die sportlichen Leistungen nicht beeinflussen. Über die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Klubs muss natürlich diskutiert werden. [...] Die UEFA ist gefordert“, so DFL-Geschäftsführer Christian Seifert zum seit einigen Jahren schlechten Abschneiden der Bundesliga-Vereine in europäischen Wettbewerben. Wirtschaftlicher Erfolg bei gleichzeitig mäßiger sportlicher Performance deuten aus ordnungs- und wettbewerbspolitischer Sicht jedoch auf monopolistische Strukturen hin. Wettbewerbsdefizite im Status quo bestehen einerseits durch die Zentralvermarktung der Bundesliga seitens der DFL, andererseits agiert die DFL intern gegenüber den Vereinen als höchste Regulierungs- und Lizenzierungsinstanz. Begründet werden diese Strukturen vor allem mit dem Hinweis auf den spezifischen Wettbewerb von professionellen Sport-Ligen, der eine Regulierung zur Sicherstellung der sportlichen Ausgeglichenheit grundsätzlich erforderlich mache. Diese sei wiederum Voraussetzung für eine nachhaltige Vermarktung der Bundesliga. Als Instrument dient der DFL dabei ein Finanzausgleich, der die Einnahmen aus der Zentralvermarktung unter den Vereinen (gegenüber dem fiktiven Zustand einer wettbewerbliehen Selbstvermarktung der Vereine) umverteilt.

Es ist jedoch zweifelhaft, inwieweit diese Argumentation aus (sport-)ökonomischer Sicht tatsächlich begründet ist. Zunächst ist der Finanzausgleich institutionell keinesfalls zwingend an eine Zentralvermarktung gebunden. Unzureichend qualifizierte Manager, innovationsresistente Trainer, semiprofessionelle Schiedsrichter und nicht zuletzt der kartellartige Zusammenschluss der Vereine in der DFL sind darüber hinaus zugleich Ausdruck und Folge traditioneller Verhaltensmuster und Denkweisen sowie

spezifischer Instrumente und Organisationsformen im Fußball. Diese sind infolge fehlenden Reformdrucks nicht oder nur sehr langsam erneuert, ineffiziente Strukturen auf diese Weise über Jahre konserviert worden. Insoweit ist zu fragen, ob die praktizierte Regulierung seitens der DFL tatsächlich noch der Sicherstellung des sportlichen Wettbewerbs und der Ausgeglichenheit der Bundesliga dient oder aber nicht vielmehr strukturerhaltend wirkt, statt Reformbedarf aufzudecken. Überdies lässt sich theoretisch zeigen, dass schon bei einfachen und plausiblen Annahmen ein Finanzausgleich zwischen den Vereinen nicht zu der beabsichtigten Umverteilung an sportlicher Stärke, sondern lediglich zu einer Einkommensumverteilung zwischen den Spielern führt. Auch insoweit ist die Zentralvermarktung der Bundesliga durch die DFL zu hinterfragen.

Aus ordnungs- und wettbewerbspolitischer Sicht ergeben sich daraus folgende Schlussfolgerungen. Um in Zukunft auf europäischer Ebene mit den Top-Clubs aus anderen Ligen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sportlich mithalten zu können, müssen sich die althergebrachten Strukturen im deutschen Profifußball grundlegend ändern. Dabei lassen sich insbesondere folgende Ansatzpunkte nennen: Der zunehmende Professionalisierungsgrad in der Bundesliga erfordert eine stärkere funktionale Differenzierung sowohl im sportlichen als auch im wirtschaftlichen Bereich. So wird es spezielle Offensiv- und Defensivtrainer ebenso geben wie wissenschaftlich qualifizierte Fitness- und Ernährungscoaches, Controller, Risikomanager und nicht zuletzt Profischiedsrichter. Für die Vereine sollten zusätzliche Wettbewerbsparameter geschaffen werden. Dies betrifft vor allem eine freie Vertragsgestaltung im Rahmen einer stärkeren Selbstvermarktung der Vereine. Die DFL würde dann – ähnlich der Bundesanstalt für Fi-

nanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) – die Funktion einer Finanz- und Wettbewerbsaufsicht, nicht aber – wie bislang – einer Regulierungs- und Lizenzierungsbehörde übernehmen. Schließlich ist der Finanzausgleich zwischen den Bundesliga-Vereinen auf dessen wettbewerbspolitische Implikationen hin zu überprüfen und ggf. zu reformieren.

Insgesamt wird eine marktgerechtere Ausgestaltung des Profifußballs einen dynamischen Wettbewerb zwischen den Vereinen induzieren („Markt als Entdeckungsverfahren“), der zu neuen und differenzierten Organisations- und Finanzierungsformen sowie zu mehr Innovationen und einem qualitativ höheren Standard im Management und in der Trainingsmethodik führt. Können auf diese Weise die noch vorhandenen, aber bislang ungenutzt gebliebenen Effizienzpotenziale stärker ausgeschöpft werden, wird die Bundesliga im internationalen Vergleich weiter an wirtschaftlicher Stärke und wieder an sportlicher Wettbewerbsfähigkeit gewinnen können.

Doch nicht allein die sportliche Krise der Bundesliga, sondern auch die Wettskandale mit Manipulation, Betrug und Korruption, aber auch vorschnellen Verdächtigungen und Anschuldigungen seitens der Medien zeigen deutlich, dass es im Fußball zu bedenklichen Fehlentwicklungen gekommen ist. Die Vermarktung des Fußballs hat – bei aller notwendigen Professionalisierung – ihre gleichsam natürlichen Grenzen in der gesellschaftlich gewachsenen und historisch begründeten Identität des Fußballs. Immer ist es die Verankerung als Breitensport in einer Gesellschaft, die eine massenhafte Identifikation mit dem Sport auslöst, seine Popularität begründet und insoweit eine Kommerzialisierung erst möglich macht. Wo Werte wie Fairness und Teamgeist propagiert werden, sind die Gefahr und der Schaden, die durch Betrug und Missbrauch dieser Werte entstehen, besonders gravierend, weil hierdurch die Glaubwürdigkeit des Sports in Zweifel gezogen und seiner Kommerzialisierung die moralische Grundlage entzogen wird.

HWWI POLICY REPORT

Henning Vöpel: Wirtschaftsfaktor Fußball. HWWI Policy Report Nr. 2, Juni 2006.

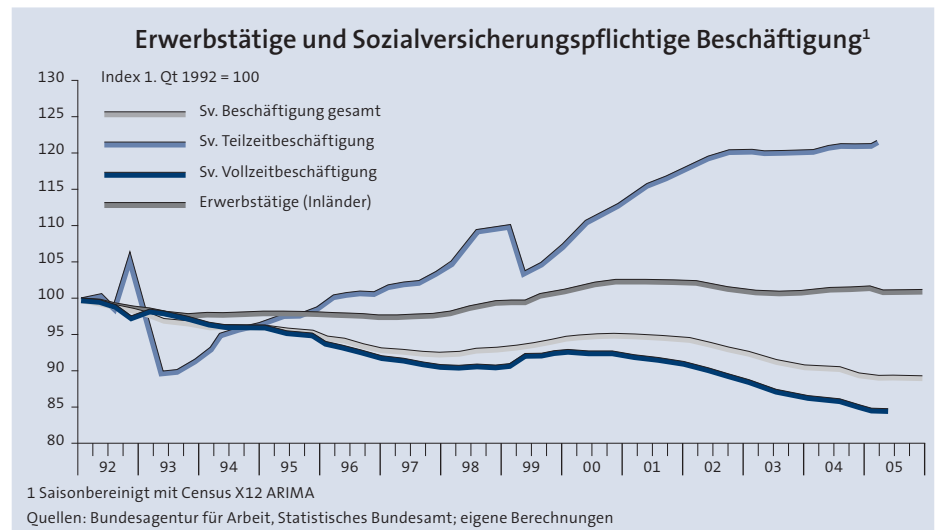
Beschäftigung und Sozialstaat – Die Finanzierungsgrundlage erodiert

Im April teilte das Statistische Bundesamt mit, dass laut Mikrozensus 2004 lediglich 39% der deutschen Bevölkerung die eigene Erwerbstätigkeit als ihre wichtigste Unterhaltsquelle angaben. 1991 waren es noch mehr als 44% gewesen. Der Anteil der Personen, die Renten oder Pensionen als Hauptunterhaltsquelle angaben, stieg in diesem Zeitraum hingegen von 18,7% auf 23%. Gleichzeitig legte auch der Anteil der Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe von 2,1% auf 4,6% zu. Kurzum: Einem höheren Anteil von Transferempfängern steht ein geringerer Anteil von Beitragszahlern gegenüber. Der Druck auf die sozialen Sicherungssysteme ist gewachsen. *Von Alkis Henri Otto*

Obwohl ein geringerer Anteil der Bevölkerung seinen Unterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit bestreitet, nahm die Zahl der Erwerbstätigen seit Anfang der 90er Jahre – von konjunkturellen Schwankungen abgesehen – leicht zu. Er blieb damit stabil bei einem Bevölkerungsanteil von rund 47%. Dies ist kein Widerspruch, sondern kann durch die Veränderung der Struktur der Erwerbstätigkeit erklärt werden: Auf der einen Seite prägte der Einsatz neuer arbeitsmarktpolitischer Instrumente wie Minijobs, Zusatzjobs und Ich-AGs die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den letzten Jahren stark. Auf der anderen Seite kam es vor allem zu einer kräftigen Abnahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, der Hauptstütze des Sozialstaats.

Im Gegensatz zur Erwerbstätigkeit ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den vergangenen 15 Jahren deutlich gesunken (1991-2005: -12,6%). Lediglich in den konjunkturell stärkeren Jahren 1998-2002 nahm sie vorübergehend zu. So gingen Ende 2005 nur 26,2 Millionen Personen oder 31,7% der Bevölkerung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. 1991 waren es noch 30 Millionen Personen bzw. 37,5% gewesen. Dabei spiegelt die geschilderte Entwicklung nicht einmal das gesamte Ausmaß des Rückgangs für die öffentlichen Haushalte wider: Ein genauerer Blick offenbart, dass im betrachteten Zeitraum die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung ausgeweitet wurde, während die Vollzeitbeschäftigung kräftig abnahm.

Die Gründe für den Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung sind vielfältig. Einerseits bewegte



sich das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der vergangenen 15 Jahre unterhalb der Beschäftigungsschwelle. Andererseits spielte auch der strukturelle Wandel eine Rolle, da jene Wirtschaftszweige in den vergangenen Jahren prosperierten, in denen es – nicht zuletzt zur Vermeidung hoher Lohnnebenkosten und arbeitsrechtlicher Ansprüche – einen Trend zu Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung gab. So konnte der massive Abbau sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung im Produzierenden Gewerbe (mit Bau) nicht annähernd durch die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung im sich dynamischer entwickelnden tertiären Sektor kompensiert werden. Stattdessen nahmen in den Dienstleistungsbranchen vor allem die sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigungen zu.

Auch gibt es Hinweise, dass die mit den Hartz-Gesetzen umgesetzte Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik zum Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beigetragen haben dürfte.

Zum einen führten die Reformen zu einer deutlichen Einschränkung traditioneller Instrumente der Arbeitsmarktpolitik wie Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, die zu den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen zählen. Zum anderen dürften vor allem in den Bereichen Handel und Gastgewerbe Minijobs sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verdrängt haben. Ein Indiz hierfür ist auch, dass die deutliche Verlangsamung des Anstiegs sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigungen mit der 2003 vollzogenen Neuregelung der Minijobs zusammenfällt.

Nachdem sich der Beschäftigungsabbau im vergangenen Jahr spürbar verlangsamt hat, ist für das laufende Jahr wieder mit einem leichten Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu rechnen. Im Durchschnitt dürfte sie aber wiederum unter der des Vorjahres liegen. Angesichts des anhaltenden Trends zu Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen trägt dies noch nicht zu einer Entlastung der Sozialversicherungen bei.

Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2006

Vom 8. bis zum 11. Mai 2006 fand in Saarbrücken die 127. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ statt, bei der die Steuereinnahmen für die Jahre 2006 bis 2010 geschätzt wurden. Die Schätzung basiert auf dem geltenden Steuerrecht. Zusätzlich wurden die im Haushaltsbegleitgesetz 2006 enthaltenen Erhöhungen von Umsatz- und Versicherungsteuer einbezogen. *Von Michael Bräuninger*

Im Vergleich zur vorangegangenen Schätzung vom November 2005 mussten für das Jahr 2006 die finanziellen Auswirkungen folgender Gesetze einbezogen werden: Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm, Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung, Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage, Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung sowie Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Gestaltungen. Darüber hinaus wurden für die Jahre 2007 bis 2010 die finanziellen Auswirkungen der Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Anhebung von Umsatz- und Versicherungsteuer einbezogen. Weitere Rechtsänderungen, die zwar geplant aber noch nicht beschlossen sind, wie z.B. die Abschaffung der Pendlerpauschale, wurden nicht berücksichtigt.

Die Schätzung erfolgt unter Vorgaben zu den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Dabei wird die Frühjahresprojektion des interministeriellen Arbeitskreises „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ zu Grunde gelegt. Für das nominale Bruttoinlandsprodukt

wurde ein Zuwachs von + 2,0% in 2006, von + 2,3% in 2007 und von + 2,7% in den Jahren 2008 bis 2010 angesetzt. Gegenüber den Annahmen der letzten Schätzung vom November 2005 wurde die Wachstumsrate für 2006 leicht angehoben. Dabei werden die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stärker als bisher angenommen steigen. Die Prognose der Bruttolohn- und -gehaltssumme wurde hingegen zurückgenommen. Beim Konsum wurden Vorzieheffekte aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung unterstellt: Diese führen im Jahr 2006 zu einem höheren und in 2007 zu einem niedrigeren Konsum. Die für das laufende und das kommende Jahr unterstellten Wachstumsraten liegen etwas unterhalb der Prognose der Gemeinschaftsdiagnose vom April 2006. Auch im Vergleich zur letzten Mittelfristschätzung vom Mai 2005 wurde die Prognose der Wachstumsraten für die Jahre 2007 bis 2009 zurückgenommen. Insofern basiert die Steuerschätzung auf einer vorsichtigen Prognose.

Die auf Basis der Annahmen geschätzten Steuereinnahmen steigen ausgehend

von 465,5 Mrd. Euro im Jahr 2006 bis auf 537,5 Mrd. Euro im Jahr 2010 an. Für das Jahr 2006 wurden die Steuern zuletzt im November 2005 geschätzt. Im Vergleich zu dieser Schätzung wurde jetzt ein um + 8,1 Mrd. Euro höheres Steueraufkommen prognostiziert. Dafür ist vor allem die positive Entwicklung bei den gewinnabhängigen Steuern (Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer) verantwortlich. Von den Mehreinnahmen profitieren Bund, Länder und Gemeinden.

Der isolierte Effekt von Steuerrechtsänderungen würde im laufenden Jahr zu Mindereinnahmen von 1,7 Mrd. Euro führen. Im Gegensatz dazu kommt es in den folgenden Jahren aufgrund der Steuerrechtsänderungen zu deutlichen Mehreinnahmen gegenüber der Steuerschätzung vom Mai 2005. So wird das Steueraufkommen 2007 um + 22,3 Mrd. Euro, 2008 um + 19,6 Mrd. Euro und 2009 um + 20,2 Mrd. Euro höher liegen. Diese Mehreinnahmen werden dazu beitragen, dass Deutschland ab dem Jahr 2007 den Artikel 115 des Grundgesetzes (Kreditaufnahme, Grenzen) und die Maastricht-Kriterien wieder einhalten wird.

Die Mehreinnahmen werden vor allem durch die Anhebung der Umsatzsteuer und der Versicherungsteuer verursacht. Ohne die Steuerrechtsänderungen würde es nur in den Jahren 2006 und 2007 konjunkturbedingt zu verbesserten Steuereinnahmen kommen. Für die Jahre 2008 und 2009 würde die Schätzung der Steuereinnahmen um 4,0 bzw. 6,6 Mrd. Euro geringer ausfallen als im Mai 2005. Hier zeigt sich die deutlich zurückhaltendere Einschätzung der zukünftigen konjunkturellen Entwicklung.

HWWI INTERN

Frau Dr. Katharina Michaelowa, Leiterin des Kompetenzbereiches »Internationaler Handel und Entwicklung«, und **Frau Dr. Christina Boswell**, von 2002 bis Mai 2005 Leiterin der »Migration Research Group« des HWWA und des HWWI werden beide zum September das Institut verlassen, um an ausländischen Universitäten ihre Lehr- und Forschungstätigkeiten fortzusetzen.

Frau Dr. Michaelowa wird Professorin für „Politische Ökonomie der Entwicklungs- und Schwellenländer“ am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich in der Schweiz. Frau Dr. Boswell wird Lecturer in International Relations an der University of Edinburgh in Schottland. Das HWWI freut sich über den Erfolg seiner Mitarbeiterinnen und wird auch weiterhin der Förderung der wissenschaftlichen Aus- und Weiterbildung ein ganz besonderes Augenmerk schenken.